

Samstag
2. Mai 2015

123. Jahrgang Nr. 100
Fr. 4.50, Ausland: € 3.70 / AZ 8021 Zürich



Delia Mayer
Beim Singen lebt
die TV-Fahnderin
ihre Kreativität aus.
28

Emotionen
Moderne Technik
macht selbst
Gefühle messbar.
42

Xiaolu Guo
Ab Juni schreibt
die chinesische
Autorin in Zürich.
29

Boxen
Der Kampf
des Jahrzehnts.
Sonntag, ab 5 Uhr.
tagesanzeiger.ch

Der Bundesrat geht gegen heikle Beschaffungen vor

Die Regierung hat Massnahmen gegen Missbrauch im Beschaffungswesen der Bundesverwaltung beschlossen. Kommuniziert hat sie das aber nicht.

Christian Brönnimann
Bern

Verschiedene Affären der letzten Jahre haben ein schlechtes Licht auf die Beschaffungspraxis der Bundesverwaltung geworfen. Mehr als einmal missachteten die Beamten das Gesetz, etwa indem sie Aufträge ohne Ausschreibung direkt an bestimmte Firmen vergaben. Die Finanzdelegation des Parlaments ist darüber «beunruhigt», dass diese freihändigen Vergaben im Jahr 2013 einen neuen Höchststand erreicht haben, wie sie in ihrem kürzlich veröffentlichten Tätigkeitsbericht schreibt. Sie erwartet, «dass Volumen und Anzahl der freihändigen Vergaben über den Schwellenwerten (...) mittelfristig abnehmen».

Der Bundesrat kam auch selbst zum Schluss, dass er die Zügel straffen muss. Bereits letzten September traf er eine Reihe von Massnahmen - ohne darüber zu informieren. Die Massnahmen «erstrecken sich unter anderem auf die Ordnungs- und Rechtmässigkeit freihändiger Vergaben, die Korruptionsprävention

und die Prüfung von Beschaffungsdelegationen», schreibt die Finanzdelegation in ihrem Bericht. Offensichtlich hat der Bundesrat bestimmte Ämter besonders im Visier. Die Finanzdelegation schreibt von allgemeinen und «für einzelne Verwaltungseinheiten spezifischen» Massnahmen. Bezüglich der konkreten Inhalte der Massnahmen gibt sich die Verwaltung zugeknöpft. «Bundesratsbeschlüsse werden nicht publiziert», lässt ein Sprecher des zuständigen Bundesamts für Bauten und Logistik verlauten.

Dutzende IT-Projekte

Um bei den freihändigen Vergaben etwas Licht ins Dunkel zu bringen, hat der «Tages-Anzeiger» bei allen Departementen um eine Zusammenstellung dieser Vergaben gebeten. Für die Jahre 2012 und 2013 zeigen die Listen nun erstmals umfassend auf, welche Aufträge die Verwaltung vergibt, ohne sie im Wettbewerb auszuschreiben. Häufig sind es Dienstleistungsaufträge in Dutzenden IT-Projekten.

Kommentar Seite 2, Berichte Seite 3

Wie aus Patchwork eine Familie wird



Foto: Masi/all4prices

Michelle Hunziker vergnügt sich mit ihren Töchtern aus erster und zweiter Ehe. So leicht, wie es scheint, fällt das Leben in neu zusammengewürfelten Familien aber nicht. Zwei Therapeuten sagen, worauf man dabei achten sollte. (TA) - Seite 10

1. Mai weitgehend friedlich

Etwa 10 000 Männer, Frauen und Kinder haben gestern Freitagmorgen in der Stadt Zürich am Umzug zum Tag der Arbeit teilgenommen - eine Menge, die den Präsidenten des Zürcher Gewerkschaftsbundes, AL-Kantonsrat Markus Bischoff, mit grosser Genugtuung erfüllte. Wegen des schlechten Wetters hatte er weniger Teilnehmer erwartet. «Soziale Gerechtigkeit statt Ausgrenzung!» lautete das diesjährige Motto.

Der Regen war wohl auch ein Grund, warum sich deutlich weniger Gaffer als üblich im Gebiet um den Helvetiaplatz einfanden, wo der Schwarze Block zur berüchtigten Nachdemo aufgerufen hatte. Am Nachmittag versammelten sich etwa 200 Vermummte auf dem

Platz, sie wurden aber sofort von einem grossen Polizeiaufgebot daran gehindert, in die Langstrasse weiterzuziehen. Später zogen sie sich aufs Kanzleiareal zurück. Einige bewarfen die Polizisten mit Flaschen, Petarden und Bananen, die Polizei liess sich aber nicht provozieren. Stadt- und Kantonspolizei zogen am Abend eine positive Bilanz: Sie hätten mit ihrem situationsgerechten Vorgehen für einen ruhigen 1. Mai gesorgt und Ausschreitungen verhindern können. Ausser Schmierereien an der Europaallee und an einem Bankgebäude lagen bis Redaktionsschluss keine Schadensmeldungen vor. 58 Personen wurden verhaftet, vorab zur Identitätsklärung. (jr)

Kommentar und Berichte Seite 15

Der nächste Exploit von Radtalent Küng

Der 21-jährige Radprofi Stefan Küng feierte an der Tour de Romandie in Freiburg einen Solosieg. Es war bereits der zweite Saisonsieg des Neoprofis - an seinem gerade einmal 14. Renntag 2015. Küng, der sich bei Regen und Kälte eher noch stärker fühlt, hatte diese Etappe vergangene Woche besichtigt und wusste genau, was auf ihn zukam. Vom Start weg fuhr er in der Spitzengruppe mit, 25 Kilometer vor dem Ziel griff er an und drehte sich nicht mehr um. Mit dem Sieg auf Stufe Worldtour fügte der Thurgauer seiner Saison einen weiteren Höhepunkt hinzu - im Februar war er auf der Bahn bereits Weltmeister in der Einzelverfolgung geworden. (ebi.) - Seite 55

Egoistische Hilfe im Erdbebengebiet

Sechs Tage nach dem verheerenden Erdbeben im Himalaja stieg die Zahl der Todesopfer auf über 6200. Zu rund 1000 Europäern konnte noch kein Kontakt hergestellt werden. Derweil kommen die Rettungstrupps aus nah und fern. Ganz vorneweg sind es die Inder und die Chinesen, die ihre helfenden Arme ausstrecken. Allerdings nicht nur aus humanitären Gründen. Der Himalaja, das Dach der Welt, ist von strategischer Bedeutung. Die drei asiatischen Atommächte China, Indien und Pakistan wetteifern dort um Macht und Einfluss. Und mittendrin, eingequetscht zwischen den Riesen Indien und China, liegt das kleine Nepal. (TA) - Seite 9

Kritik an Löhnen von Kühne + Nagel

37 Jahre sitzt Profi-Verwaltungsrat Thomas Staehelin bereits im Aufsichtsgremium des Logistikkonzerns Kühne + Nagel. Am Dienstag soll er von der Generalversammlung wiedergewählt werden. Das geht dem Genfer Stimmrechtsvertreter Ethos zu weit. Auch sonst geben laut Ethos einige Kuriositäten im Verwaltungsrat von Kühne + Nagel Grund zu Widerspruch. So erhält der Verwaltungsratspräsident Karl Gernandt - wie Staehelin ein Vertrauter von Mehrheitsaktionär Klaus-Michael Kühne - 4,3 Millionen Franken für sein Mandat. Das ist mehr, als der Konzernchef verdient, und 19-mal mehr, als Gernandts Kollegen im Verwaltungsrat zusteht. (TA) - Seite 45

Service

Wetter	12	Gottesdienste	26
Leserbriefe	13	Fernsehprogramme	33
Veranstaltungen	18	Rätsel	40
Todesanzeigen	24	Börse	47

Abo-Service 044 404 64 64

www.tagesanzeiger.ch/abo

Inserate Tel. Annahme: 044 248 41 41

(Mo-Fr 8-12 und 13-17 Uhr), www.adbox.ch,

inserate@tages-anzeiger.ch

Redaktion 044 248 44 11, Werdstrasse 21,

8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich

redaktion@tages-anzeiger.ch

Leserbriefe www.tagesanzeiger.ch/leserforum

Online www.tagesanzeiger.ch/news@newsnet.ch

Kommentare & Analysen

«Die Politik hat keinen Plan, wie der Schuldenberg wieder kleiner werden soll.»

Simon Schmid über die Folgen der Finanzkrise. - Seite 43

Weil es der Konkurrenz an Durchhaltevermögen fehlt, ist der FC Basel unbedrängt. - Seite 53

Das gescheiterte Stromabkommen mit der EU wird auf lange Sicht zur Katastrophe. - Seite 11

Heute

Ehemaliger Gewerkschafter und Nationalrat André Daguet gestorben
Die Gewerkschaftsbewegung hat eine ihrer prägendsten Figuren der letzten beiden Jahrzehnte verloren. Der frühere Berner SP-Nationalrat André Daguet ist am 1. Mai, einen Monat vor seinem 68. Geburtstag, an den Folgen der Nervenerkrankung ALS gestorben, wie die Gewerkschaft Unia mitteilte. - Seite 5

Vergewaltigungsvorwürfe erschüttern Frankreichs Armee
In einem UNO-Bericht werden 14 französische Soldaten beschuldigt, in der Zentralafrikanischen Republik 10 Buben sexuell missbraucht zu haben. Staatspräsident François Hollande kündigte ein «unerbittliches» Vorgehen an, sollte sich der Verdacht gegen die Verdächtigen bestätigen. - Interview Seite 8

Cargo-Kapsel: Schweiz liegt im potenziellen Gefahrenbereich
Die Ursachen für den missglückten russischen Versorgungsflug zur Raumstation ISS bleiben unklar. In einigen Tagen wird die Cargo-Kapsel Progress 59 zerbersten und verglühen. Es ist nicht auszuschliessen ist, dass Trümmerteile auf bewohnte Gebiete stürzen. Auch die Schweiz liegt im Gefahrenbereich. - Seite 14

Swissgrid baut keine Stromnetze auf Vorrat
Bestehende Stromleitungen optimieren und verstärken und erst dann neue bauen: Die nationale Netzbetreiberin Swissgrid schlägt in ihrer «Strategieplanung 2025» vor, in den nächsten zehn Jahren statt 21 nur noch 13 Projekte zu realisieren. Der Investitionsbedarf sinkt so von 4 auf 2,5 Milliarden. - Seite 44

Beilage



Mit einer Tasche voller Bargeld in Buenos Aires, Argentinien.



9 771422 999104

Schweiz

Beschaffungswesen

Lücken bei der Kontrolle von Beschaffungen des Bundes

Die parlamentarischen Geschäftsprüfer erhielten vom Verteidigungsdepartement lückenhafte Angaben über Beschaffungen. Ohne dies zu kommunizieren, hat der Bundesrat letzten Herbst die Zügel gestrafft.

Christian Brönnimann
Bern

Über 5 Milliarden Franken gibt die Bundesverwaltung jedes Jahr für Aufträge an externe Unternehmen aus. Diverse Instanzen versuchen sicherzustellen, dass dabei alles mit rechten Dingen abläuft – von den internen Controllingstellen über die Eidgenössische Finanzkontrolle bis hin zur parlamentarischen Oberaufsicht. Doch ihre Arbeit ist mühevoll. Schon nur der Erhalt von verlässlichen Informationen kann sich als Schwierigkeit entpuppen.

Die parlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) liessen sich letzten Frühling von allen Departementen Listen mit den laufenden Aufträgen aushändigen. Nun zeigt sich, dass die Liste aus dem Verteidigungsdepartement (VBS) wohl nicht vollständig war. Das VBS-interne Inspektorat stiess kürzlich bei einer Prüfung im Departement auf eine Liste mit abweichendem Inhalt. Diese zweite Liste enthält die Angaben über die freihändigen Vergaben des Jahres 2013. Über die Aufträge also, die ohne Ausschreibung direkt an die externen Firmen gingen.

«Nicht tolerierbar»

Die Inspektoren des Verteidigungsdepartements rügen die Differenzen in deutlichen Worten. «Theoretisch müssten alle freihändigen Vergaben auf beiden Listen erwähnt sein, in der Praxis ist das aber nicht der Fall», schreiben sie in einem Bericht (Originaltext auf Französisch, Übersetzung TA). Diese Differenzen seien «nicht tolerierbar». Transparenz im Beschaffungswesen sei eine notwendige und gesetzlich vorgeschriebene Grundbedingung. Werde sie missachtet, drohten Beschaffungsregeln



In der Entwicklungshilfe kommen intransparente Vergaben oft vor. Foto: Steen (Polfoto, Keystone)

unangemessen angewandt zu werden, schreiben die Inspektoren.

Ein VBS-Sprecher erklärt die Differenzen mit methodischen Unterschieden: «Die Basis für die Erhebung der beiden Listen hatte nicht den identischen Ursprung», schreibt er auf Anfrage. Die Liste der GPK zeige die lau-

fenden Dienstleistungsverträge auf, die Departementsliste sei eine Zusammenstellung der freihändigen Vergaben des Jahres 2013. Die Frage, welche freihändigen Vergaben auf der abgegebenen Liste nicht aufgeführt wurden, beantwortet der Sprecher nicht. Dazu könne man keine Angaben machen, «da die

Listen nicht vollständig verglichen wurden».

Der Fall zeigt ein Kernproblem bei der Kontrolle von Beschaffungen des Bundes auf: Es gibt in der Bundesverwaltung bislang keine einheitlich geregelte Erfassung der Vergaben, Departemente und Ämter agieren autonom.

Eigentlich hatte das Parlament die Einführung des departementsübergreifenden elektronischen Vertragsmanagements in allen Amtsstuben ultimativ per Ende 2014 gefordert. Von dieser Software erhofft man sich eine deutliche Verbesserung der Transparenz. Doch mehrere Amtsstellen konnten den Termin nicht einhalten. Im Verteidigungsdepartement ist die Einführung nun bis Ende dieses Jahres geplant, im Aussendepartement bis Ende 2016.

Bestimmte Ämter im Visier

Eine gut informierte Quelle aus der Bundesverwaltung sagt, es sei durchaus im Interesse einzelner Ämter, dass die Verbesserung der Transparenz nicht mit aller Kraft vorangetrieben werde. So lasse sich ein Wirbel um potenziell heikle Geschäfte vermeiden. Gleichzeitig will die Quelle aber auch festgestellt haben, dass in anderen Abteilungen zuletzt ein gewisser Mentalitätswandel hin zu mehr Transparenz stattgefunden habe.

Der Bundesrat selber hat im letzten Herbst die Zügel gestrafft. Ohne darüber zu informieren, traf er in seiner Sitzung vom 19. September verschiedene Beschlüsse. «Diese erstrecken sich unter anderem auf die Ordnungs- und Rechtmässigkeit freihändiger Vergaben, die Korruptionsprävention und die Prüfung von Beschaffungsdelegationen», schreibt die Finanzdelegation (FinDel) des Parlaments in ihrem kürzlich veröffentlichten jüngsten Tätigkeitsbericht. Offensichtlich hat der Bundesrat bestimmte Ämter speziell im Visier. Die FinDel schreibt von allgemeinen und «für einzelne Verwaltungseinheiten spezifischen» Massnahmen. Auf Nachfrage gibt die Verwaltung keine weiteren Auskünfte darüber.

Kommentar Seite 2

Das sind die freihändigen Vergaben von 2012 und 2013

Gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz hat der «Tages-Anzeiger» in sämtlichen Departementen nach Listen der freihändigen Vergaben über dem Schwellenwert von 230 000 Franken gefragt. Diese erlauben erstmals einen Überblick über die nicht ausgeschriebenen Aufträge der Jahre 2012 und 2013. Die Listen sind unter www.listen.tagesanzeiger.ch aufgeschaltet. Gegenüber den vom Bundesrat veröffentlichten globalen Zahlen ergaben sich in beiden Jahren kleinere Differenzen. Zumindest teilweise erklärt werden können sie dadurch, dass das Finanzdepartement Vergaben der Zentralen Ausgleichsstelle (ZAS) der AHV nicht mitgeteilt hat. Die Probleme im dortigen Beschaffungswesen hat der TA schon mehrmals thematisiert. (bro)

EDA

185 Mio.

Im Aussendepartement erfolgen primär Dienstleistungs- und Beratungsaufträge der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit freihändig. Die grössten Aufträge gehen an NGOs wie Helvetas oder Swisscontact. Fast alle der Vergaben werden nicht auf der Plattform Simap.ch veröffentlicht. Auch liegt in auffällig vielen Fällen keine juristische Überprüfung vor. Als Begründung für den Verzicht auf eine Ausschreibung gibt das EDA mehrheitlich an, es gebe technische Besonderheiten oder es handle sich um Folgeaufträge.

VBS

167 Mio.

Das Verteidigungsdepartement macht die Mehrheit seiner freihändigen Vergaben nicht auf Simap.ch publik und schwärzt in den nun abgegebenen Listen die Namen der Auftragnehmer. Es geht um militärische und zivile Güter und Dienstleistungen aus den verschiedensten Bereichen, bis hin zu Militärski oder der Schneeräumung auf dem Lukmanierpass. Auch im VBS sind freihändige IT-Aufträge häufig. Auffällig sind etliche Nachträge in Grossprojekten wie dem Funksystem Polycorn oder dem Führungsinformationssystem (FIS).

WBF

136 Mio.

Im Wirtschaftsdepartement stehen Informatikdienstleistungen im Vordergrund. 2013 fielen zwei Grossaufträge auf, für die Bewirtschaffung der Tierverkehrsdatenbank im Bundesamt für Landwirtschaft (45 Mio.) und für die – inzwischen ins Stocken geratene – Erneuerung des Auszahlungssystems der Arbeitslosenkassen im Staatssekretariat für Wirtschaft (22 Mio.). Auch erfolgten 2012 und 2013 die letzten 15 freihändigen Vergaben im Wert von 9 Mio. an IT-Firmen, die in den Korruptionsfall im Seco involviert waren.

Uvek

91 Mio.

Im Infrastrukturdepartement werden jährlich Dutzende Beratungsaufträge nicht im Wettbewerb ausgeschrieben, primär vom Bundesamt für Energie und vom Bundesamt für Umwelt. Zum Zuge kommen Firmen mit technischem, politischem oder wirtschaftlichem Know-how. Im Bundesamt für Strassen erfolgen die meisten Freihandvergaben im IT-Bereich. Hier kam es in verschiedenen Projekten zu grossen Kostensteigerungen, die öffentlich kritisiert wurden. Die Mehrheit der Vergaben fehlt in der Simap-Datenbank.

EDI

60 Mio.

Neben zahlreichen Informatikaufträgen gibt es im Innendepartement etliche weitere Dienstleistungsaufträge, die nicht ausgeschrieben werden. Dazu gehören etwa die Aufträge des Bundesamts für Gesundheit an Fachstellen, beispielsweise für die Suchtprävention. Das Gesundheitsamt vertritt die Auffassung, dass diese der Publikationspflicht nicht unterstehen, weshalb sie auf Simap.ch nicht öffentlich gemacht werden. Auch ein Reinigungsauftrag für fast 2 Millionen Franken wurde im Bundesamt für Kultur freihändig vergeben.

EJPD

52 Mio.

Das Justiz- und Polizeidepartement beschafft vor allem Dienstleistungen im Informatikbereich freihändig. Bei zahlreichen Vergaben im Bundesamt für Polizei und im Informatikdienst des Departements werden Projektbeschrieb und Name des Auftragnehmers geheim gehalten. Zum Informatikdienst des Departements gehört die Abteilung, die für die sensible Überwachung von Telefonen zuständig ist. Das EJPD begründet seine freihändigen Vergaben oft mit der Wahrung der «öffentlichen Ordnung und Sicherheit».

Vor- und Nachteile von Freihandvergaben

Bis zu einer bestimmten Summe darf die Bundesverwaltung alle ihre Aufträge freihändig oder per Einladungsverfahren vergeben. Bei Aufträgen ab 230 000 Franken ist der Verzicht auf eine Ausschreibung aber nur noch in klar definierten Ausnahmefällen erlaubt. Kontrollinstanzen kritisierten wiederholt, dass die Verwaltung zu exzessiv und teils widerrechtlich von diesen Ausnahmeklauseln Gebrauch macht und so den Wettbewerb zu häufig ausschaltet.

Besonders problematisch ist, dass viele Freihandvergaben nicht ordentlich dokumentiert und juristisch abgeklärt werden. Ebenso werden mehr als die Hälfte der Vergaben nicht auf der Beschaffungsplattform Simap.ch bekannt gemacht. So erfahren potenzielle Mitbewerber oftmals gar nicht von den Vergaben, und die Intransparenz erhöht das Risiko für unlautere Geschäfte.

Verfechter von freihändigen Vergaben halten entgegen, dass die Methode auch grosse Vorteile mit sich bringe. Primär erlaube sie raschere und flexiblere Vergabeverfahren und verringere den administrativen Aufwand. Grosse ordentliche Ausschreibungen können mehrere 100 000 Franken kosten. Die Durchführung der Ausschreibungen ist sehr anspruchsvoll und dauert in vielen Fällen ein halbes Jahr oder länger. (bro)



Datensatz Vollständige Liste der freihändigen Vergaben

listen.tagesanzeiger.ch